

## *Russland – Freund oder Feind?*

Am 25.9.2001 hielt Präsident Putin eine Rede vor dem deutschen Bundestag. Fraglos ein historisches Ereignis! Aber wenn man heute die Rede liest oder sich auf YouTube ansieht, dann kann man nicht anders als beschämt sein. Hier spricht der führende Politiker eines großen Landes über die Geschichte zwischen Europa und Russland und zwischen Deutschland – Russland. Er spricht versöhnlich und ohne großes Pathos, in einfachen, klaren Worten, auf Deutsch, und betont die positiven Elemente in der gemeinsamen Geschichte. Er bittet um Verständnis für die Komplexität der Reformen, die Russland in Angriff genommen hat, und er mahnt Geduld an, denn die Entscheidungsprozesse müssen neu gestaltet, und Kompromisse akzeptabel gemacht werden. Die Beschämung kommt, wenn man sieht, wie weit wir uns im Westen und in Russland von dieser Form des Dialoges entfernt haben.

Der russische Präsident erwähnt freimütig, dass auf dem Reformweg Fehler gemacht worden sind, und manches mit „Ungeschicktheit“ angegangen wurde. Dennoch beteuert er, dass an den Reformen, sowohl den wirtschaftlichen wie den politischen, festgehalten wird. Er wirbt dafür altes Denken, das noch aus den Zeiten des Kalten Krieges herüber schwappt, abzulegen, und sich den neuen Herausforderungen in der Welt gemeinsam zu stellen. 14 Tage nach dem Angriff auf das World Trade Center in New York am 11.9.2001 bekennt sich Präsident Putin zu einem Kampf gegen islamistischen Terror und zu einem Dialog mit muslimischen Geistlichen, die diesen Terror ablehnen. Er stellt heraus, dass Russland gegen den Drogenschmuggel und andere kriminelle Aktivitäten mit den Ländern in Zentralasien zusammenarbeitet. Er erwähnt, dass der russische Staatshaushalt für 2002 eine höhere Summe für Bildung und Wissenschaft vorsah als für Verteidigungsausgaben. Er wirbt um mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit und für mehr Vertrauen in die Politik seines Landes.

Der Präsident erinnert daran, dass der Fall der Mauer dem Willen des russischen Volkes zuzuschreiben ist, dem sich die politische Führung nicht entziehen konnte, und so dem Willen des Volkes in der DDR zu entsprechen gezwungen war. Die Bevölkerungen in Russland und Europa wollten sich von der stalinistischen Ideologie und Herrschaftsform befreien und ein anderes politisches und wirtschaftliches System schaffen, aus eigener Kraft und basierend auf ihrem eigenen historischen Hintergrund.

Wenn man heute den Teil der Rede liest über die internationale Politik, erscheint Putin's derzeitiges Verhalten in der Ukraine als ein Akt der Enttäuschung über westliche Rechthaberei und als Reaktion auf unverständige Dominanz. Ich zitiere:

„Trotz allem Positiven, das in den vergangenen Jahrzehnten erreicht wurde, haben wir es bisher nicht geschafft, einen effektiven Mechanismus der Zusammenarbeit auszuarbeiten. Die bisher ausgebauten Koordinationsorgane geben Russland keine realen Möglichkeiten, bei der Vorbereitung der Beschlussfassung mitzuwirken. Heutzutage werden Entscheidungen manchmal überhaupt ohne uns getroffen. Wir werden dann nachdrücklich gebeten, sie zu bestätigen. Dann spricht man wieder von der Loyalität gegenüber der NATO. Es wird sogar gesagt, ohne Russland sei es unmöglich, diese Entscheidungen zu verwirklichen. - Wir sollten uns fragen, ob das normal ist, ob das eine echte Partnerschaft ist.

Die Verwirklichung demokratischer Prinzipien in den internationalen Beziehungen, die Fähigkeit, richtige Beschlüsse zu fassen, und die Bereitschaft zu einem Kompromiss - das ist eine schwierige Sache. Es waren aber ausgerechnet Europäer, die als Erste verstanden haben, wie wichtig es ist, nach einheitlichen Beschlüssen zu suchen und nationalen Egoismus zu überwinden. Wir sind einverstanden; dies sind gute Ideen. Die Qualität der Beschlussfassungen, deren Effizienz und letzten Endes die europäische und die internationale Sicherheit hängen im Großen und Ganzen davon ab, inwiefern wir diese klaren Grundsätze heute in praktische Politik umsetzen können. ... Noch vor kurzem schien es so, als würde auf dem Kontinent bald ein richtiges gemeinsames Haus entstehen, in welchem Europäer nicht in

östliche und westliche, in nördliche und südliche geteilt werden. Solche Trennungslinien bleiben aber erhalten, und zwar deswegen, weil wir uns bis jetzt noch nicht endgültig von vielen Stereotypen und ideologischen Klischees des Kalten Krieges befreit haben. Heute müssen wir mit Bestimmtheit und endgültig erklären: Der Kalte Krieg ist vorbei.“

Es ist nicht ganz klar, ob der Beifall, den die deutschen Parlamentarier an dieser Stelle spendeten, dem letzten Satz galt, oder der ganzen Passage. Wie auch immer, hier wurde im September 2001 eine Warnung ausgesprochen, und eine veränderte Haltung angemahnt, um die internationalen Herausforderungen in guter und gleichberechtigter Zusammenarbeit zu meistern. Heute wissen wir, dass dies nicht geschah. Über Jahre wunderten wir uns über die versteinerte Miene Putins, wenn er mit Angela Merkel oder Barack Obama sprach, aber verstanden haben wir es nicht. Zwar hat Angela Merkel ihr Verhalten gegenüber Putin geändert und zeigt heute eine viel größere Bereitschaft zum Dialog, oder zumindest zum Zuhören. Aber dies ist zum jetzigen Zeitpunkt zu spät und zu wenig. Das Misstrauen, das nie ganz abgebaut wurde, weder im Westen noch in Russland, ist heute wieder so stark, dass Dialog und Zuhören nicht mehr ausreichen, wenn natürlich auch beides weiter notwendig ist.

Wenn wir einen zweiten Kalten Krieg vermeiden wollen, dann müssen ganz schnell neue Weltordnungsvorstellungen entwickelt und umgesetzt werden. Interessant ist, dass ehemalige politische Schwergewichte wie Henry Kissinger, Michael Gorbatschow, Helmut Kohl und Hans Dietrich Genscher dies sehen, aber unsere jetzige politische Führung wenig, wenn überhaupt. Sie scheinen sich von einer Krise und Bedrohung zur anderen zu hangeln.

Um eine neue Weltordnung zu schaffen, darf es keine Rolle spielen, wer was wann vorschlägt, sondern nur was mehrheitsfähig für die Staatengemeinschaft ist und die Bevölkerungen der Welt. Für müssen uns von Großmachtdenken und –verhalten verabschieden. Wenn Barack Obama sagt, dass Russland eine Regionalmacht sei, dann stimmt dies auch für die USA, China, Deutschland und die EU. Die heutige Staatengemeinschaft akzeptiert nicht mehr, die Vormacht von einigen wenigen, es sei denn, sie führen mit Können und unter Zurückhaltung eigener Interessen mehrere Staaten in eine prosperierende und friedliche Zukunft.

Leider ist der Weltsicherheitsrat nicht in der Lage die Führung für eine solche internationale Entwicklung zu übernehmen. Das reflektiert nicht nur Führungsschwäche seitens der Mitglieder des SR, insbesondere der 5 ständigen Mitglieder des Rates, sondern auch seitens des Generalsekretärs. Ban Ki Moon wollte mehr Sekretär als General sein, aber letztlich füllt er weder die eine noch die andere Funktion zufriedenstellend aus. Während er verständlicherweise am Anfang seiner Amtszeit die UN aus den Medienberichten nahm angesichts der Feindseligkeit gegenüber der UN in den USA, so hätte er seit dem Amtsantritt von Präsident Barack Obama, und vor allem nach seiner vorzeitigen Wiederwahl 2012 zum UN Generalsekretär für weitere 5 Jahre, eine Reformagenda sowohl für das internationale Staatensystem wie auch die UN anstoßen müssen. Damit sind die UN weitgehend ihrer katalytischen Rolle nicht gerecht geworden, und wir müssen jetzt darauf warten dass sich aus dem Zusammenspiel USA – China – Russland – Europa eine neue Dynamik ergibt. Wobei China heute wohl der dynamischste Pol in dieser Konstellation ist, und Russland und Europa meistens nicht gestaltend, sondern bremsend eingreifen, da sie mit ihren eigenen Problemen voll beschäftigt sind.

Die größte internationale Herausforderung für alle ist dabei der feindselige und kriegerische Islamismus. Bei anderen wie zum Beispiel dem Klimawandel kommt endlich Bewegung, da die USA und China beginnen sich zu verständigen. Selbst wenn wir alle noch nationalstaatlich handeln, so kommen doch immer mehr globale Herausforderungen auf uns zu, die einen doppelten politischen Ansatz erforderlich machen. Präsident Putin hat es 2001

mit wenigen Worten benannt: die Schaffen demokratischer Strukturen in der internationalen Politik sind schwierig, und Bereitschaft zu Kompromissen unabdingbar. Ähnlich wie China ist Russland von Europa enttäuscht, ob seiner Unfähigkeit zu einer gemeinsamen Position zu finden, und anderen Regionen nicht mit Missionseifer, sondern mit gutem Beispiel voranzugehen.

Allerdings könnten aber auch gerade die globalen Bedrohungen unsere Bevölkerungen, Politiker und Medien zur Vernunft bringen. Im Sicherheitsbereich könnte eine Zusammenarbeit mit den moderaten Kräften in der muslimischen Welt und eine große internationale Koalition gegen militärische Gewalt und religiösen Fanatismus die Konturen einer neuen Weltordnung sichtbar machen. Im Umweltbereich könnte die Sicherung einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen zu einem wirtschaftlichen Paradigmenwechsel führen. In der Zwischenzeit müssen wir uns dem Rechtspopulismus und wieder erstarkenden Nationalismus stellen, Asyl gewähren für die Menschen, die den Kriegen zu entfliehen suchen und gleichzeitig an einer neuen Ordnung für die Welt arbeiten.

Wir haben seit 1989 so viele Chancen vertan, dass wir jetzt gar nicht umhin können, und uns mit verdoppelter Anstrengung den globalen und nationalen Herausforderungen anzunehmen.

Berlin im November 2014